

**Bekanntmachung von Beschlüssen
des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen
(GKV-Spitzenverband)
nach § 35 SGB V**

vom 8. Juni 2020

Das von der Bundesregierung am 3. Juni 2020 beschlossene Konjunkturpaket zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise beinhaltet eine Senkung des regulären Mehrwertsteuersatzes von 19 % auf 16 % für einen Zeitraum von sechs Monaten ab 1. Juli 2020. Infolgedessen werden die nach § 35 Abs. 7 Satz 1 SGB V bekannt gemachten Festbeträge für Arzneimittel wie folgt umgerechnet:

Die vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2020 geltenden Festbeträge auf Ebene der Apothekenverkaufspreise ergeben sich, indem den bis zum 30. Juni 2020 bekanntgemachten Festbeträgen nach Abzug der Mehrwertsteuer in Höhe von 19 % die Mehrwertsteuer in Höhe von 16 % hinzugerechnet wird.

Maßgebend für die Umrechnung der Festbeträge sind die bekannt gemachten Festbeträge in der zuletzt gültigen Fassung. Diese ergeben sich für verschreibungspflichtige Arzneimittel auf Grund der Bekanntmachungen des GKV-Spitzenverbandes vom 29. Oktober 2019 (BAnz AT 14.11.2019 B3), 10. Februar 2020 (BAnz AT 18.02.2020 B6 sowie BAnz AT 18.02.2020 B7) und 4. Mai 2020 (BAnz AT 13.05.2020 B5). Für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel ergeben sich die Festbeträge auf Grund der Bekanntmachungen der Spitzenverbände der Krankenkassen nach § 213 SGB V in der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Fassung vom 23. Oktober 2006 (BAnz. 2006 S. 6912) und 7. April 2008 (BAnz. 2008 S. 1352) sowie der Bekanntma-

chungen des GKV-Spitzenverbandes vom 1. Februar 2010 (BANz. 2010 S. 477), 29. Juni 2010 (BANz. 2010 S. 2338), 6. Februar 2012 (BANz. 2012 S. 584), 3. Februar 2014 (BANz AT 10.02.2014 B5), 1. Februar 2016 (BANz AT 10.02.2016 B3), 26. Juni 2017 (BANz AT 04.07.2017 B3), 5. Februar 2018 (BANz AT 09.02.2018 B4) und 10. Februar 2020 (BANz AT 18.02.2020 B8).

Die umgerechneten Festbeträge sind vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 anzuwenden, sofern die von der Bundesregierung geplante Senkung des regulären Mehrwertsteuersatzes auf 16 % zum 1. Juli 2020 in Kraft tritt.

Dieser Beschluss des GKV-Spitzenverbandes und seine Begründung können eingesehen werden beim:

GKV-Spitzenverband
Abteilung Arznei- und Heilmittel
Referat Arzneimittel-Daten
Reinhardtstraße 28
10117 Berlin

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Försterweg 2-6
14482 Potsdam

schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erhoben werden.

Die elektronische Form wird durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments gewahrt, das für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet ist. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden. Eine einfache E-Mail genügt den gesetzlichen Anforderungen nicht.

Weitere Voraussetzungen, insbesondere zu den zugelassenen Dateiformaten und Übermittlungswegen sowie zur qualifizierten elektronischen Signatur, ergeben sich aus der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung-ERVV) in der jeweils gültigen Fassung. Über das Justizportal des Bundes und der Länder (www.justiz.de) können weitere Informationen über die Rechtsgrundlagen, Bearbeitungsvoraussetzungen und das Verfahren des elektronischen Rechtsverkehrs abgerufen werden.

Berlin, den 8. Juni 2020

GKV-Spitzenverband
Mitglied des Vorstandes

Stoff-Ahnis